

Schweden

Tobias Etzold/Charlotte Wenner

Die Covid-19-Pandemie hat auch in Schweden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stark beeinflusst. Die Infektions- und Todeszahlen waren hoch, die wirtschaftlichen Verluste hielten sich dagegen in Grenzen. Abseits der Pandemie beherrschten das Dauerthema Migration und eine Regierungskrise vordergründig über eine Mietpreisreform die Schlagzeilen. Die Europapolitik war von Kontinuität geprägt und in der sicherheitspolitischen Debatte war ein möglicher Beitritt zur NATO erneut Thema.

Covid-19-Pandemie

Nach einem ruhigen Sommer traf Schweden – analog zu Deutschland – im Spätherbst 2020 eine starke zweite Infektionswelle, die beinahe nahtlos in eine dritte überging. Seit Mitte April 2021 sind die Infektionszahlen rückläufig, sodass sich die Lage mittlerweile stabilisiert hat. Am 28. Juni hatte Schweden seit Beginn der Pandemie 1 091 251 bestätigte Fälle, von denen 14 646 verstarben. Die Infektionsrate innerhalb der Bevölkerung war somit mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland, die Letalitätsrate liegt jedoch unter der in Deutschland.¹ Trotz etwas strengerer Maßnahmen seit Ende 2020 hielt Schweden auch im zweiten Jahr der Pandemie an seiner insgesamt eher lockeren Strategie mit weniger obligatorischen Einschränkungen und stattdessen Appellen zum eigenverantwortlichen Handeln fest.

So verfügte Schweden zum Beispiel, im Gegensatz zu Deutschland, keine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Dennoch ist die Bereitschaft dazu in der Bevölkerung mit 71 Prozent im Mai 2021 sehr hoch – zum Vergleich: Ende letzten Jahres lag sie nur bei knapp über 20 Prozent. Auch die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich an Abstands- und Hygieneempfehlungen zu halten, ist weiterhin hoch; in manchen Punkten, wie zum Beispiel soziale Kontakte einzuschränken, hat die Bereitschaft seit der zweiten Welle im Herbst deutlich zugenommen. Auch die Impfbereitschaft in Schweden ist sehr hoch. Waren Anfang des Jahres noch fast 20 Prozent unentschlossen, sind es im Mai nur noch 7 Prozent. Hinzu kommen 4 Prozent, die eine Impfung ausschließen.² Mitte Juni 2021 waren in Schweden 34,1 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft, weitere über 20 Prozent hatten ihre erste Dosis bekommen³. In Schweden wird mit den Vakzinen von BioNTech/Pfizer, Moderna und AstraZeneca geimpft, die Impfpriorisierung gleicht derjenigen in Deutschland.⁴

Anfang des Jahres wurde ein vorläufiges Pandemiegesetz verabschiedet, dass es der Regierung, den Kommunen und staatlichen Verwaltungseinrichtungen ermöglicht, verbindliche Regeln zum Infektionsschutz zu erlassen. Konkret betraf dies vor allem die

1 World Health Organization: Sweden Situation, abrufbar unter: <https://covid19.who.int/region/euro/country/de> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

2 Novus: Novus Coronastatus, 2021, abrufbar unter: <https://novus.se/novus-coronastatus/> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

3 Folkhälsomyndigheten: Vaccinationer mot covid-19 i Sverige, abrufbar unter: <https://experience.arcgis.com/experience/6df5491d566a44368fc721726c274301> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

Reglementierung von Besucherzahlen und Öffnungszeiten, wie zum Beispiel von Bars, und das Etablieren von Vorschriften in Bereichen, die bis dato keine bindenden Regeln hatten – Einkaufszentren, Museen, Sporthallen, aber auch dem öffentlichen Verkehr. Durch das Pandemiegesetz erhielten auch Unternehmen weitere Befugnisse, wie die Ausweitung der Kurzarbeit bis Ende Juni 2021. Die Kosten für diese Verlängerung wurden auf 10,7 Mrd. Schwedische Kronen geschätzt. Das Gesetz soll im September 2021 auslaufen.⁵

Stieg noch zu Beginn der Pandemie das Vertrauen in staatliche Organe und die Regierung an, so nahm im Verlauf des vergangenen Jahres das Vertrauen in die Behörde für öffentliche Gesundheit (Folkhälsomyndigheten, FHM) und in die Behörde für Gesellschaftsschutz (Myndigheten för Samhällsskydd och Beredskap, MSB) deutlich ab. Über den Jahreswechsel fielen die Werte so tief wie seit Beginn der Pandemie nicht. Ebenso sank das Vertrauen in den Umgang der Regierung mit der Covid-19-Pandemie zwischen Dezember 2020 und Januar 2021 auf 30 Prozent. Da die Sozialdemokraten jedoch während der Pandemie zwischenzeitlich sogar an Zustimmung gewonnen hatten, in Umfragen insgesamt keine Wählerstimmen verloren und andere Parteien keine dazu gewannen, lässt sich davon ausgehen, dass das Misstrauen sich primär auf den Umgang mit Covid-19 und den Verlust des Glaubens, dass Schweden als Land mit der Pandemie gut umgeht, bezieht. Es wird dadurch auch deutlich, dass die Ansicht, dass andere Parteien besser mit der Lage umgegangen wären, nicht besteht. So sind die Sozialdemokraten in Umfragen weiterhin die stärkste Kraft mit 26,1 Prozentpunkten vor der Moderaten Sammlungspartei mit 20,6 Prozent und den Schwedendemokraten mit 19,2 Prozent. Die Moderate Sammlungspartei konnte zuletzt ihren Platz als zweitstärkste Partei wieder etablieren, nachdem sie in den letzten Jahren immer wieder gleichauf mit den Schwedendemokraten lag oder teilweise sogar schlechter abschnitt. Generell lässt sich seit letztem Sommer bis auf kleinere kurzzeitige Änderungen keine große Zu- oder Abnahme einer Partei in den Umfragen verzeichnen.⁶

Wirtschaftlich kam Schweden besser durch die Krise als viele Länder mit einem harten Lockdown. Prognosen zufolge sank das schwedische Bruttoinlandsprodukt für 2020 gegenüber dem Vorjahr um nur 3,4 Prozent (5,6 Prozent in Deutschland), auch der Außenhandel brach weniger ein als befürchtet. Die Staatsverschuldung stieg zwar zwischen 2019 und 2020 von 35 auf 40 Prozent, liegt aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt.⁷ Für 2021 wurde ein Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent erwartet.

4 Folkhälsomyndigheten: Rekommendationer om prioritetsordning för vaccination mot covid-19, abrufbar unter: <https://www.folkhalsomyndigheten.se/smittskydd-beredskap/utbrott/aktuella-utbrott/covid-19/vaccination-mot-covid-19/rekommendationer-for-vaccination-mot-covid-19/> (letzter Zugriff: 24.7.2021); Folkhälsomyndigheten: Om vaccinerna mot covid-19, 2021, abrufbar unter: <https://www.folkhalsomyndigheten.se/smittskydd-beredskap/utbrott/aktuella-utbrott/covid-19/vaccination-mot-covid-19/om-vaccinerna-mot-covid-19/om-vaccinerna/> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

5 Regeringskansliet: Tillfällig pandemilag ger fler befogenheter för åtgärder om smittskydd, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2021/01/tillfallig-pandemilag-ger-fler-befogenheter-for-atgarder-om-smittskydd/> (letzter Zugriff: 24.7.2021); Regeringskansliet: Utökad möjlighet till korttidsmermittering till följd av ny pandemilag, abrufbar unter: <https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2021/01/utokad-mojlighet-till-korttidspermittering-till-foljd-av-ny-pandemilag/> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

6 Novus: SVT Väljarbarometer Juni 2021: Rekordlåg stöd för L, abrufbar unter: <https://novus.se/valjarbarometer-arkiv/novus-svt-valjarbarometer-juni-2021-rekordlagt-stod-for-l/> (letzter Zugriff: 24.7.2021).

7 Tagesschau.de: Was macht der Norden besser?, 17.1.2020.

Innenpolitik

Im Juni 2021 kam es zu einer Regierungskrise, die allerdings nur indirekt mit der Pandemie zu tun hatte. Vordergründig ging es um einen Vorschlag zur freien Mietpreisfestsetzung für Neubauten, mit dem der bisherige uneingeschränkte Mieterschutz beschnitten werden würde und mit dem die Regierung ihren beiden liberalen Unterstützernparteien entgegenkam. Der Linkspartei als weiterer Unterstützungspartei der sozialdemokratisch-grünen Minderheitsregierung ging der Vorschlag jedoch zu weit, sie kündigte einen Misstrauensantrag gegen die Regierung an. Dieser wurde allerdings schließlich von den rechten Schwedendemokraten gestellt, die damit ihre generelle Unzufriedenheit mit der Regierung auch in der Pandemiebewältigung zum Ausdruck bringen wollten. Eine Stimmenmehrheit von Schwedendemokraten, Linkspartei, Moderaten und Christdemokraten sprach der Regierung das Misstrauen aus. Ministerpräsident Stefan Löfven trat darauf zurück, wurde allerdings wenig später wieder in das Amt gewählt, nachdem es der Opposition nicht gelungen war, selbst eine Regierung zu bilden und sich knapp keine Mehrheit gegen Löfven fand.

Infolge der Pandemie war das Kernthema der Schwedendemokraten, die Migrationspolitik, zunächst in den Hintergrund getreten. Aufgrund geringerer Sichtbarkeit verlor die Partei daher zunächst an Rückhalt. Doch ab Sommer 2020 war der Streit um ein neues Migrationsgesetz wieder auf der politischen Tagesordnung. Im Frühjahr 2021 legte die rot-grüne Regierung einen Vorschlag vor zur Reform des Asylrechts vor. Dieser war insgesamt restriktiv, ging jedoch der Opposition immer noch nicht weit genug. Bis auf Zentrums- und Linkspartei hatten sich alle bürgerlichen Parteien mit den Schwedendemokraten zu einem Migrationsbündnis zusammengeschlossen, das sich in manchen Fragen allerdings auch nicht einig war. Der Vorschlag sah vor, dass Asylberechtigte, wie seit 2016 bereits provisorisch geregelt, zunächst nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten und dann nach drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung beantragen können. Es solle jedoch einige Ausnahmen und die Möglichkeit zur Aufnahme aus humanitären Gründen geben, was die Opposition strikt ablehnte, da so Schlupflöcher geschaffen würden. Letztlich setzte sich die Regierung mit ihrem Vorschlag durch.

Europa- und Sicherheitspolitik

In den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen sowie die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) im Juli 2020 war Schweden gemeinsam mit den Niederlanden, Österreich und Dänemark (Gruppe der „Sparsamen Vier“) durchaus erfolgreich und sah seine Interessen gewahrt. Das Land erhielt mehr Rabatte als je zuvor im Budget und setzte hinsichtlich des 750 Mrd. Euro schweren Wiederaufbauplans NextGenerationEU durch, dass ein größerer Teil der finanziellen Hilfen als geplant in Form von Krediten (360 Mrd.) statt Zuschüssen (390 Mrd.) gewährt werden wird. Die Regierung sah es ebenfalls als Erfolg an, dass die Kreditvergabe an das Rechtsstaatlichkeitsprinzip und andere Bedingungen geknüpft wurde.⁸ Die Gruppe der Sparsamen Vier ist ein gutes Beispiel dafür, dass Schweden in der EU gut vernetzt und ein gefragter, verlässlicher und einflussreicher Koalitionspartner für andere Mitglieder ist.

⁸ Regeringskansliet: Överenskommelse om långtidsbudgeten pa EU:s toppmöte, 21.7.2020, abrufbar unter: <https://regeringen.se/artiklar/2020/07/overenskommelse-om-langtidsbudgeten-pa-eus-toppmote> (letzter Zugriff: 3.8.2021).

Hinsichtlich der anderen großen Herausforderung der letzten Jahre, ein geregelter Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU, zeigte sich die schwedische Regierung sehr erleichtert, dass in letzter Minute ein Vertrag über das zukünftige Verhältnis mit der EU zustande gekommen ist; der Vertrag sei gut und biete die Voraussetzungen für eine langfristige und verlässliche Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten.⁹

Die schwedische Regierung begrüßt auch die Konferenz zur Zukunft Europas. Sie bringt dabei ihre europapolitischen Schwerpunkte – Demokratie und Rechtsstaat, Klima, Arbeit, Migration und Sicherheit – in den entsprechenden Dialog und aktiven Austausch mit schwedischen BürgerInnen ein. Die Regierung verfolgt das Ziel, den BürgerInnen mehr Möglichkeiten zu verschaffen, sich Gehör zu verschaffen und bessere Einsicht in die Beschlüsse der Europäischen Union zu erhalten. Sie setzt sich dafür ein, dass sich mehr Menschen und Organisationen für EU-Fragen interessieren und engagieren, und sucht aktiv das Gespräch. So besuchte zum Beispiel der Europaminister 2020 mehrere Schulen.¹⁰

Leichte Bewegung gab es hinsichtlich eines möglichen NATO-Beitritts Schwedens. Der parlamentarische Außen- und Sicherheitsausschuss beschloss im Dezember 2020, die Regierung mit der Vorbereitung der NATO-Option zu beauftragen. Dies ist noch kein konkreter Schritt zu einem Beitritt, würde diesen im Bedarfsfall aber erleichtern.¹¹ Obwohl weiterhin gegen einen Beitritt, unterstützen die Schwedendemokraten die NATO-Option, wodurch zusammen mit den vier bürgerlichen Parteien eine Mehrheit im Parlament dafür entstanden ist. Die Regierung gibt sich allerdings weiter zurückhaltend und bedeckt. Das Thema schien zwar schnell wieder von anderen dringenden politischen Fragen verdrängt worden zu sein, doch die Entwicklungen zeigen, dass es in dieser Sache zu weiteren Bewegungen kommen könnte, sollte es 2022 einen Regierungswechsel geben.

Weiterführende Literatur

Pawel Zerka: The Swede spot: Why Stockholm needs flexible coalitions, in: European Council on Foreign Relations, 10.10.2020, abrufbar unter: https://ecfr.eu/article/commentary_the_swede_spot_why_stockholm_needs_flexible_coalitions/ (letzter Zugriff: 27.10.2021).

Ann-Cathrine Jungar: Die Profiteure der Angst? Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa: Schweden, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2020, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/17022.pdf> (letzter Zugriff: 21.10.2021).

9 Regeringskansliet: Sveriges nye relation med Storbritanien, 30.12.2020, abrufbar unter: <https://regeringen.se/artiklar/2020/12/sveriges-nya-relation-med-storbritannien> (letzter Zugriff: 3.8.2021).

10 Regeringskansliet: Konferens om Europas framtid- en samhällsdialog om Europas framtid, 21.4.2021, abrufbar unter: <https://regeringen.se/regeringens-politik/okad-delaktighet-i-eu/210421-konferens-om-europas-framtid/> (letzter Zugriff: 13.10.2021).

11 Rudolf Herrmann: Ein Nato-Beitritt ist für Schweden kein Tabu mehr, in: Neue Zürcher Zeitung, 13.12.2020.